

LANDKREIS REUTLINGEN

N i e d e r s c h r i f t

- öffentlich -

Sozial-, Schul- und Kulturausschuss  
am 24.04.2024

---

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr

Sitzungsende: 15:56 Uhr

Sitzungsort: Landratsamt Reutlingen, Mittlerer Sitzungssaal, Bismarckstraße 47

---

Vorsitz:

Landrat Dr. Ulrich Fiedler

Schriftführung:

Rainer Mayer

Anwesende Mitglieder:

**FWV-Kreistagsfraktion**

Dr. Barbara Dürr

Martin Fink

Erich Fritz

Andreas Seiz

**CDU-Kreistagsfraktion**

Bernd Hummel

Gerd Mollenkopf

Hartmut Holder

Vertretung für Herrn Michael Donth;  
ab TOP 1 teilw.

**Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN**

Rainer Buck

Michael Schwenk

Hans Gampe

Vertretung für Frau Henrike Brinkmann

**SPD-Kreistagsfraktion**

Frank Schröder

Helmut Treutlein

Vertretung für Frau Ronja Nothofer-Hahn

**FDP-Kreistagsfraktion**

Florian Bauer

Regine Vohrer

**AfD-Kreistagsfraktion**

Steffen Wenzel

**Kreistagsfraktion DIE LINKE**

Petra Braun-Seitz

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

Sonstige Sitzungsteilnehmer:

Gerd Plumm, Verwaltungsdezernent	
Andreas Bauer, Sozialdezernent	
Daniel Stückerle, Kreisschul- und Kulturamtsleiter	
Manuela Jess, Kreissozialamtsleiterin	
Christine Besenfelder, Kreisjugendamtsleiterin	
Heiko Goller, Gebäudemanagement	
Tanja Horte, Stabstelle 04 Planung und Steuerung	bei TOP 1
Uwe Koeppen, Stabstelle 04 Planung und Steuerung	bei TOP 1
Katja Walter, Pressestelle	

Abwesende Mitglieder:

**FWV-Kreistagsfraktion**

Silke Höflinger	entschuldigt; ohne Stellvertretung
Friedel Kehrer-Schreiber	entschuldigt; ohne Stellvertretung

**CDU-Kreistagsfraktion**

Michael Donth	entschuldigt
Wolfgang Göbel	entschuldigt; ohne Stellvertretung
Sven Probst	entschuldigt; ohne Stellvertretung

**Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN**

Henrike Brinkmann	entschuldigt
-------------------	--------------

**SPD-Kreistagsfraktion**

Ronja Nothofer-Hahn	entschuldigt
Ralf-Michael Röckel	entschuldigt; ohne Stellvertretung

---

**Anmerkung:**

Oben genannte TOP's, die in nachstehender Tagesordnung nicht enthalten sind, betreffen den anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

---

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

**Tagesordnung**

**öffentlich**

1. Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (Strukturelle Themen)  
Mitteilungsvorlage  
- KT-Drucksache Nr. X-0721 -
2. Mitteilungen/Anfragen

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

**Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -**

**Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (Strukturelle Themen)**  
**Mitteilungsvorlage**

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0721 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Bauer trägt ausführlich den Sachverhalt vor.

Frau Horte macht ergänzende Ausführungen insbesondere zu den Entwicklungen in den Einrichtungen hinsichtlich der Umsetzung des BTHG.

Kreisrat Gampe bedankt sich für den Bericht und die Arbeit. Er bemerkt, die Verwaltung wende sich mit den Forderungen an das Land, das BTHG sei aber ein Bundesgesetz. Er frage nach der Verantwortlichkeit von Bund und Land. Auf Seite 4, Ziffer 2.4 der KT-Drucksache werde auf das Faktenpapier „Risikokommunikation zum BTHG ...“ verwiesen. Er bitte darum, dieses Papier den Mitgliedern des Kreistags zukommen zu lassen. Er geht auf die hohen Ausgaben für das BTHG ein. Nach dem Landesrahmenvertrag sei in Baden-Württemberg die Tür geöffnet für einen regelrechten Wildwuchs an Leistungs- und Vergütungssystematiken. Dies sei bedauerlich.

Der Vorsitzende legt dar, die Zielrichtung des BTHG sei unterstützenswert. Bedenklich sei, wenn das Land über den Rahmenvertrag definiere und Leistungen fordere, die dem Konnexitätsprinzip entsprechen. Das Land müsse das, was es bestelle, auch bezahlen. Das Land habe 2024 insgesamt 71,0 Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Davon benötige allein der Landkreis Reutlingen rund 14,5 Millionen EUR. Es gebe 35 Landkreise und Stadtkreise in Baden-Württemberg, der Betrag sei also bei Weitem nicht auskömmlich.

Herr Bauer erläutert, das BTHG sei ein Bundesgesetz, mit der Durchführung seien die Länder beauftragt worden. Die Ausführung des SGB IX sei auf die Städte und Landkreise übertragen worden, Stichwort Konnexitätsprinzip. Von den 71,0 Millionen EUR des Landes für das Jahr 2023 seien auf den Landkreis Reutlingen rund 2,5 Millionen EUR entfallen. Dieser Betrag sei nicht auskömmlich. Der Doppelhaushalt 2024/2025 sei mit hohen Risiken behaftet. Man habe im Jahr 2024 mit Mehraufwendungen in Höhe von 119,0 Millionen EUR kalkuliert, im Jahr 2025 mit rund 125,0 Millionen EUR. Das Faktenpapier werde den Mitgliedern des Kreistags zugehen. Man bräuchte eine Bundesratsinitiative der Länder für eine Änderung des BTHG. Morgen werde Herr Hagel von der Landes-CDU an der Landrätekonferenz teilnehmen. Andere Rahmenverträge seien einfacher. Anfang Mai finde ein Sondersprengel der Sozialdezernenten statt. Theoretisch könnte man den Rahmenvertrag kündigen, dann gelte aber die bisherige Regelung fort. Man könne also an den Rahmenbedingungen nichts ändern. Der Trend zur Ambulantisierung biete eine Chance. Der Zeitaufwand sei spannend.

Kreisrat Fink bedankt sich bei Frau Horte für die positive Entwicklung. Zu Herrn Bauer sei zu bemerken, man sitze zum x-ten Mal hier zusammen, es sei frustrierend. Am Ende komme wenig bis nichts beim Landkreis an. Die Methode des Landes seit Jahren sei beschämend, es arbeite mit Abschlagszahlungen. Kompensationspakete würden zulasten der Kommunen

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

geschnürt, er erinnere an das Konnexitätsprinzip. Er frage, ob es Anreize gebe, mit Zielvereinbarungen zu arbeiten. Es werde immer bürokratischer. Prinzipiell sei die Vorgehensweise des Landes beschämend, er sehe keine Lösung. Er frage nach Anreizsystemen.

Herr Bauer erläutert zur ersten Frage, es sei so, dass derzeit von den Mehrleistungen wenig bei den Betroffenen ankomme. Die Umsetzung sei zeitverzögert erfolgt. Es sei ein sehr hoher Aufwand, Vereinbarungen abzuschließen. Die ersten seien seit Dezember 2023 abgeschlossen worden. Zur zweiten Frage sei zu bemerken, man schließe umfangreiche Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen ab. Diese enthielten konkrete Personalmengen. Dies gebe dem Landkreis die Möglichkeit, konkret zu überprüfen, ob Personal vorhanden sei. Nach dem Malussystem seien Leistungen zurückzufordern.

Kreisrätin Vohrer stimmt Kreisrat Fink zu. Sie habe im Gedächtnis, das seit 2019 rund 26,5 Millionen EUR beim Landkreis zur Deckung der Aufwendungen für Geflüchtete fehlen. Zweitens sei sie der Meinung, in Mecklenburg-Vorpommern und in Bayern würden den Kommunen die Kosten zu 100 % erstattet.

Der Vorsitzende bejaht die erste Frage, der Betrag beinhalte aber nicht nur Aufwendungen für Geflüchtete. Wie es in anderen Bundesländern sei wisse er nicht.

Kreisrat Buck legt dar, es komme darauf an, wie viel das Land ohne Zweckbindung bezahle. Er wolle wissen, wie viel der Landkreis vom Land insgesamt erhalte und wie dieser Betrag im Vergleich mit anderen Bundesländern einzuschätzen sei. Er kenne die Argumente und es sei strittig, ob Teile dem Konnexitätsprinzip unterliegen würden. Er habe 2 Fragen: Wer habe den Landesrahmenvertrag seitens des Landes unterschrieben und wie viele neue Fälle im BTHG dazu kommen würden.

Der Vorsitzende bemerkt, den Lernerfolg von Kreisrat Buck hätte er auch gerne, er wolle wissen, wo die Mittel nicht zweckgebunden seien. Klar sage das Land nicht, das unterliege dem Konnexitätsprinzip, aber wir zahlen nicht. Das Land sage, es sei nicht konnexitätsrelevant. Der Betrag von 71,0 Millionen EUR zum Ausgleich der BTHG-bedingten Mehraufwendungen im Land reiche niemals. Selbst wenn im Landkreis Reutlingen von den geschätzten 14,5 Millionen EUR 12,0 Millionen EUR konnexitätsrelevant seien, reiche es hinten und vorne nicht. Es sei ein unseriöses Verhalten des Landes, das habe mit Regieren nichts zu tun. Jeder stehe hinter dem BTHG. Er erinnere an dieser Veranstaltung des Kreistags im großen Sitzungssaal mit Bundes- und Landesabgeordneten. Das BTHG verursache zusätzliche Bürokratie.

Herr Bauer bemerkt zur ersten Frage, ob es einen Fallzahlenzuwachs durch das BTHG gebe, man liege im Rahmen. Man stehe gerade am Übergang. Es sei ja das Fatale, dass nicht das Land den Rahmenvertrag unterschrieben habe, sondern der Vertrag bestehe zwischen den Leistungsträgern und den Leistungserbringern.

Kreisrat Treutlein fragt, ob die 14,5 Millionen EUR an Leistungen vollständig an die Betroffenen abfließen oder ob bürokratische Arbeit beinhaltet sei.

Herr Bauer legt dar, ein Teil der zusätzlichen Personalkosten werde mit erstattet (Fallmanager). 10 % würden beim Landkreis bleiben. Für Werkstätten gebe es keine Kostenerstattung.

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

Der Vorsitzende fasst zusammen, im Doppelhaushalt 2024/2025 seien Risiken hinsichtlich des BTHG enthalten. Gegebenenfalls sei ein Nachtragshaushalt notwendig. Er stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

**Auszüge:**

Kreissozialamt  
Sozialdezernat

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

**Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -**

**Hygieneautomaten an beruflichen Schulen**  
**(Anfrage Kreisrat Schwenk)**

Kreisrat Schwenk verweist auf einen Bericht in der Lokalzeitung, wonach der Jugendgemeinderat Reutlingen erfolgreich gewesen sei und an den Reutlinger Schulen Automaten mit Hygieneartikeln aufgestellt worden seien. Er frage nach entsprechenden Überlegungen der Verwaltung an den beruflichen Schulen des Landkreises.

Herr Pflumm legt dar, dies sei Thema bei den Beratungen des Haushalts 2023 gewesen. Ein entsprechender Antrag sei abgelehnt worden. Die Verwaltung sei auf die Schulleitungen zugegangen. Mittlerweile sei an jeder Schule in einer Mädchentoilette ein Automat aufgestellt worden. Der Aufwand sei relativ gering gewesen, man habe das ohne großes Aufsehen gemacht.

**Auszüge:**

Kreisschul- und Kulturamt  
Verwaltungsdezernat

**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

**Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -**

**Bezahlkarte für Asylbewerber**  
**(Anfrage Kreisrat Buck)**

Kreisrat Buck fragt nach der Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber im Landkreis Reutlingen.

Der Vorsitzende legt dar, man warte die Umsetzung auf Bundesebene ab. Es sei im Landkreis noch keine konkrete Umsetzung geplant.

**Auszüge:**

Amt für Migration und Integration  
Ordnungsdezernat  
Kreissozialamt  
Sozialdezernat  
Kreiskämmerei  
Verwaltungsdezernat



**LANDKREIS REUTLINGEN**  
**- Niederschrift -**  
**Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss**  
**am 24.04.2024**

---

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Zur Beurkundung

Vorsitzender

Mitglieder des Ausschusses

Schriftführer

Landrat

Bekannt gegeben in der Sitzung des \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_.  
Einwendungen wurden nicht erhoben.

Schriftführer